



Auswärtiges Amt

Bericht des Auswärtigen Amts zur Klima-Außenpolitik

Dezember 2019

Inhaltsverzeichnis

I. DER KLIMAWANDEL ALS ZENTRALES THEMA DER AUßENPOLITIK	3
II. BISHERIGE AKTIVITÄTEN DER KLIMA-AUßENPOLITIK	4
III. KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN UND HANDLUNGSFELDER EINER PRÄVENTIVEN KLIMA-AUßENPOLITIK	5
(1) UMSETZUNG DES PARISER KLIMAABKOMMENS FORCIEREN	6
(2) KLIMA UND SICHERHEIT: KLIMAWANDEL ALS RISIKO FÜR FRIEDEN UND STABILITÄT	7
(3) STABILISIERUNG, KONFLIKTNACHSORGE UND HUMANITÄRE HILFE	8
(4) KLIMA, BEVÖLKERUNGSWACHSTUM UND MIGRATION	9
(5) GEOPOLITISCHE VERÄNDERUNGEN INFOLGE DES KLIMAWANDELS	10
(6) WEITERE HANDLUNGSFELDER EINER UMFASSENDEN KLIMA-AUßENPOLITIK	11

I. Der Klimawandel als zentrales Thema der Außenpolitik

Den Klimawandel und die damit zusammenhängenden Umweltveränderungen sowie den Verlust an Artenvielfalt aufzuhalten und eine umfassende Transformation zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft und Gesellschaft zu vollziehen, gehört zu den großen Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts.

Der Klimawandel stellt nicht nur eine der größten globalen Herausforderungen dar, er eröffnet uns außenpolitisch auch die Chance, andere Staaten und internationale Organisationen beim Umgang mit den Klimawandelfolgen sowie bei der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu unterstützen und damit zugleich Impulse für die ganze Breite unserer bi- und multilateralen Beziehungen zu setzen. Mit anderen Worten: Wir wollen den Klimawandel verstärkt als Katalysator der Außenpolitik nutzen.

Das 2015 von der internationalen Gemeinschaft beschlossene Übereinkommen von Paris mit dem Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C ist die zentrale Leitschnur unserer Klima-Außenpolitik. Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens außenpolitisch zu begleiten und in allen bi- und multilateralen Kontakten zu forcieren ist Kernaufgabe unserer Klima-Außenpolitik. Klima-Außenpolitik ist zugleich essentieller Bestandteil einer „Diplomacy for Sustainability“ zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Sustainable Development Goals (SDGs).

Zum genuinen Kern einer präventiven Außenpolitik gehört, die Folgen des Klimawandels – wo immer möglich – zu verhindern oder zumindest zu begrenzen, aber vor allem die daraus entstehenden Krisen frühzeitig zu erkennen und gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden. Der Nexus Klima und Sicherheit – einer der Schwerpunkte der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2019/20 – trägt dem Rechnung und wird weiter an Bedeutung gewinnen. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels werden exponentiell wachsen und in erster Linie ärmere und besonders verletzbare Staaten treffen. Die Folgen reichen von Wasser- und Hungerkrisen, Verlust von bewohnbarem Land bis zu gewaltsamen Auseinandersetzungen um immer knapper werdende Ressourcen und daraus resultierend Vertreibung und Migration. Der Klimawandel rückt damit immer mehr ins Zentrum der Außenpolitik.

Durch den Klimawandel werden sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die zentralen außenpolitischen Koordinaten verschieben. Immer mehr Staaten wird der Umgang mit den

Klimawandelfolgen an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Belastungsfähigkeit bringen. Im schlimmsten Falle droht die Erosion staatlicher Strukturen. Mit dem fortschreitenden Meeresspiegelanstieg ist die Existenz von Megacities vor allem in Asien sowie auch ganzer Staaten, namentlich der kleinen Inselstaaten, gefährdet. Das Schmelzen von Gletschern wird riesige Regionen in Südasien unter Wasser setzen. Aus dieser Entwicklung erwachsen neue außenpolitische Herausforderungen: Es drohen Konflikte um Einflussphären. Bewohner der kleinen Inseln werden ebenso wie Menschen in Küstengebieten migrieren müssen. Durch das Abschmelzen des arktischen Eises drohen Interessenskonflikte zwischen Großmächten bezüglich Ressourcen und Handelsrouten.

Zu den geopolitischen Veränderungen gehört auch, dass die heutigen Exporteure fossiler Energieträger an Wirtschaftskraft und damit auch an politischem Einfluss zu verlieren drohen, wenn sie sich nicht wandeln. Neue Machtzentren könnten in Ländern entstehen, die sich erfolgreich in den Exportmärkten der Zukunft, etwa in der Wasserstoffwirtschaft, positionieren. Unser außenpolitisches Interesse besteht darin, dass dieser Wandel in einem kooperativen Rahmen und ohne neue Konfliktlinien erfolgt.

II. Bisherige Aktivitäten der Klima-Außenpolitik

Der Klimawandel und seine Folgen für Frieden und Sicherheit weltweit zählen bereits heute zu den außenpolitischen Schwerpunkten. Dies gilt für die Zentrale des Auswärtigen Amts (AA) ebenso wie für das Netzwerk unserer über 200 Auslandsvertretungen. Im Rahmen von Deutschlands Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen legen wir den Schwerpunkt auf den Nexus Klima und Sicherheit. Die Initiative wird von einer rund 50 Staaten umfassenden Freundesgruppe unterstützt. Gemeinsames Ziel ist es, die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels in den Vereinten Nationen (VN) und anderen relevanten internationalen Foren zu verankern und auszubauen. Auch im Rahmen unserer Aktivitäten in den Bereichen Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Stabilisierung werden die Folgen des Klimawandels als Krisentreiber bereits mitgedacht und teilweise direkt adressiert.

Im Schulterschluss mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) leistet das AA darüber hinaus einen wichtigen Beitrag, um die Umsetzung des Übereinkommens von Paris weltweit voranzubringen.

Denn klar ist: Eine ambitionierte Klimapolitik bleibt die beste Möglichkeit zur Begrenzung von Klimarisiken. Über unsere Auslandsvertretungen werben wir gezielt für deutsche und europäische Positionen im Klimaschutz, insbesondere im Vorfeld der internationalen Klimaverhandlungen wie auch im Kontext der G7 und G20. Den Dialog mit den Gastländern führen wir auch im Rahmen von jährlich rund 100 Projekten, die aus Mitteln des AA-Klimafonds finanziert werden. Dafür greifen wir auf ein breites Netz an Kontakten unserer Auslandsvertretungen zurück, das weit über die nationalen Regierungen in den Gastländern hinausreicht und Akteure auf subnationaler Ebene ebenso einschließt wie Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Expertise und regelmäßige Berichterstattung unserer Botschaften und Generalkonsulate über die Klima- und Umweltpolitik wie auch Klimawandelfolgen in ihren Gastländern ist eine unerlässliche Informationsquelle für die Gestaltung unserer bi- und multilateralen Klima- und Umweltpolitik. An ausgewählten Schlüsselvertretungen, darunter in Washington, New York, Brüssel, Paris, London, Nairobi, Neu Delhi und Peking, setzen AA und BMU dafür Umweltreferentinnen und -referenten ein.

Zu den weiteren Aufgaben des AA im Bereich der Klima-Außenpolitik gehört die Flankierung internationaler Initiativen der Ressorts, darunter die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) des BMU.

III. Künftige Herausforderungen und Handlungsfelder einer präventiven Klima-Außenpolitik

Mit der fortschreitenden globalen Erwärmung werden der Klimawandel und der Klimasicherheits-Nexus immer stärker ins Zentrum der Außenpolitik rücken. Der Bedeutungszuwachs des Themas auf der außenpolitischen Agenda macht es notwendig, dass wir die Auslandsvertretungen und die Kolleginnen und Kollegen im Inland noch stärker als bisher für den Klimawandel und seine Folgen für die Außenpolitik sensibilisieren. Im Folgenden sollen einige der künftigen zentralen Aktionsfelder der Klima-Außenpolitik näher beleuchtet werden.

(1) Umsetzung des Pariser Klimaabkommens forcieren

Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens muss künftig noch stärker ins Zentrum unserer bi- und multilateralen Beziehungen gestellt werden. Wir brauchen neue klimaaußenpolitische Strategien, unter anderem gegenüber den großen Emittenten.

Der internationale Klimaschutz ist zentrales Ziel der deutschen Außenpolitik. Dafür müssen wir das gesamte Instrumentarium der deutschen Außenpolitik nutzen, um die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu forcieren und für eine globale Ambitionssteigerung zu werben. Dabei kommt Deutschland mit der EU-Präsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 2020 und der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/2020 eine besondere Verantwortung zu. Schließlich wird das nächste Jahr entscheidend sein für den Emissionspfad der kommenden Jahre: Alle Staaten sind 2020 aufgefordert, ihre Pariser Klimaziele erstmals zu überprüfen und anzuschärfen. Denn die Gesamtheit aller vorgelegten Ziele reicht bislang bei Weitem nicht aus, um den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C zu begrenzen. Vielmehr würde der Temperaturanstieg gegenüber vorindustriellen Werten bis Ende des Jahrhunderts mehr als 3°C betragen, mit desaströsen Folgen. Deutschland und die EU müssen in der Klimapolitik voranschreiten, denn nur dann werden auch andere große Emittenten zu mehr Ambitionen bereit sein.

Für die weitere Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sind jedoch nicht allein die VN-Klimaverhandlungen entscheidend, sondern in gleicher Weise die Flankierung im Rahmen unserer bi- und multilateralen Kontakte, die wir intensivieren müssen. Wir sollten hierbei auch diejenigen großen Staaten im Blick haben, die zu diesem Thema eine zunehmend kritische Distanz einnehmen und damit Fortschritte bei der Akzeptanz und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens gefährden. Dabei sollten wir insbesondere Dialog- und Konsultationsformate (auch im regionalen Kontext) nutzen, um den multilateralen Mehrwert des Pariser Klimaabkommens zu kommunizieren und die Chancen der globalen Transformation zu unterstreichen.

Ein weiterer Ansatzpunkt betrifft den Dialog mit den Akteuren, deren energie- und klimapolitische Entscheidungen das Potential haben, die Erreichung der Klimaziele zu gefährden. Das betrifft zum Beispiel Staaten, die weiterhin massiv in den Ausbau von Kohlekraftwerken investieren, nicht zuletzt durch deren Export besonders über die „Belt and Road Initiative“. Einem jüngsten Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zufolge („Emissions Gap Report 2019“) dürfte die Produktion fossiler Energien 2030 ca. 50% über dem Pfad lie-

gen, der mit einem 2°C-Szenario vereinbar wäre und sogar 120% über dem Pfad eines 1,5°C-Szenarios. Die Internationale Energieagentur beschreibt im aktuellen „World Energy Outlook“, dass die heute bestehende Planung an Kohlekraftwerken ohne weitere Neuplanung bereits zu einer Verfehlung des 2050-Ziels führen und somit die Notwendigkeit von Nachrüstungen in bestehenden Infrastrukturen bis hin zu frühzeitigen Stilllegungen besteht, da nur so die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichbar seien.

Wir sollten daher noch stärker mit Partnerländern in den Austausch zu konkreten Politikmaßnahmen in verschiedenen Sektoren, auch jenseits des Energiesektors, kommen – in enger Kooperation mit den Ressorts. Projekte insbesondere der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMU und der NDC-Partnerschaft zur Unterstützung bei der Erreichung der Pariser Klimaziele sollten den Gesamtansatz unserer Klima-Außenpolitik dabei bestmöglich flankieren.

Unsere international anerkannte fachliche und politische Kompetenz, auch im Bereich der Erneuerbaren Energien, sowie die enge Verzahnung von Wissenschaft und Politik, sind eine Trumpfkarte, die wir einsetzen können. Im Bereich der Energiewendekommunikation setzen wir hierfür auf den jährlich im AA stattfindenden Berlin Energy Transition Dialogue mit mehr als 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen fünf Kontinenten, auf eine die gesamte Welt bereisende Wanderausstellung zur globalen Energiewende sowie auf Energiedialoge in ausgewählten Staaten, die die Vorteile Erneuerbarer Energien unterstreichen.

(2) Klima und Sicherheit: Klimawandel als Risiko für Frieden und Stabilität

In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels immer relevanter. Wir wollen den Klima-Sicherheits-Nexus systematisch in den VN, im EU-Kontext und in anderen internationalen Foren verankern und einen neuen außenpolitischen Instrumentenkasten entwickeln, um Partner beim Umgang mit Sicherheitsrisiken infolge des Klimawandels gezielt unterstützen zu können.

Im Schulterschluss mit unseren Partnern der Freundesgruppe für Klima und Sicherheit arbeiten wir daran, die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels in den VN wie auch in anderen internationalen Foren systematisch zu verankern. Denn dort, wo der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Menschen bedroht, muss die internationale Gemeinschaft anset-

zen, bevor Konflikte ausbrechen oder eskalieren. Hier muss auch der Sicherheitsrat tätig werden können.

Wir wollen dem Sicherheitsrat und den VN dafür die richtigen Instrumente an die Hand geben. Der Vorschläge des auf der „Berlin Conference on Climate and Security“ im Juni 2019 vorgestellten „Berlin Call for Action“ weisen dafür den Weg. Es geht uns darum, die Kapazitäten der VN im Bereich Klima und Sicherheit in New York und in den Einsatzgebieten zu stärken. Wir brauchen mehr Berichterstattung und bessere Risikoanalysen und nicht zuletzt operative Antworten, um unsere Partner gezielt beim Umgang mit Klima-Sicherheitsrisiken unterstützen zu können. Dies schließt den Aufbau von Frühwarnmechanismen ebenso ein wie Mediationsinitiativen in Situationen von zunehmender Ressourcenkonkurrenz infolge des Klimawandels.

Das AA entwickelt in einem ersten Pilotprojekt gemeinsam mit den VN eine Analyse der Klima-Sicherheitsrisiken am Horn von Afrika. Durch das Krisenfrüherkennungs-Tool der Abteilung für Stabilisierung kann das AA die Auswirkungen des Klimawandels als Konfliktfaktor in Zukunft besser abbilden und dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Prävention leisten. Und in Somalia finanziert das AA den ersten Experten der VN zu Umwelt und Sicherheit, der das VN-Büro in Mogadishu unterstützt. Beides, Risikoanalysen und Expertise vor Ort, wollen wir in Zukunft in betroffenen Regionen weiter ausbauen.

Diesen ganzheitlichen, vernetzten und auf Prävention fokussierten Ansatz wollen wir auch in der EU-Außenpolitik verankern, von Ratschlussfolgerungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und Globale Strategie des Europäischen Auswärtigen Dienstes hin zur EU-Nachbarschaftspolitik.

Perspektivisch werden auch weitere multilaterale Foren wie die NATO und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) den Nexus von Klima und Sicherheit in ihrer Aufgabe reflektieren müssen.

(3) Stabilisierung, Konfliktnachsorge und humanitäre Hilfe

Wir müssen künftig bei allen Aktivitäten der Stabilisierung, Konfliktnachsorge und humanitären Hilfe die Dimension des Klimawandels und seiner Folgen stärker mitdenken.

Überall dort, wo bewaffnete Konflikte bereits ausgebrochen sind, muss der Klimawandel in Zukunft bei all unseren außenpolitischen Werkzeugen stärker mitgedacht werden. In einem

ganzheitlichen und vernetzten Ansatz müssen wir daher den Klimawandel in der Analyse, Planung und Umsetzung von Strategien berücksichtigen.

Das beginnt beim Paradigmenwechsel in der humanitären Hilfe (vom „Feuerlöschen“ zu vorausschauenden, innovativen Lösungen), der sich besonders bei Extremwetterereignissen als erfolgreich erwiesen hat. Wegweisende Instrumente wie das vom AA mitentwickelte „Forecast-based Financing“ sollen dabei weiter ausgebaut werden mit dem Ziel, vorausschauende Mechanismen zur Risikofinanzierung im gesamten humanitären System zu verankern. Dazu werden wir unsere Kooperation unter anderem mit der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und den humanitären VN-Organisationen weiter intensivieren.

Auch bei der Stabilisierung und Konfliktnachsorge muss die Expertise zu Klimarisiken gestärkt werden. Konflikte um politische und wirtschaftliche Teilhabe infolge knapper werdender Ressourcen werden in vielen Regionen der Welt immer wieder aufflammen, wenn EU- und VN-Friedens- und Stabilisierungsmissionen bei ihren Maßnahmen Klimaprognosen nicht intensiv mit einbeziehen. Das verstehen wir unter „nachhaltigen“ Lösungen und darauf arbeiten wir mit unseren Partnern und den VN hin.

Eine stetige Rückkopplung mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen ist in all diesen Feldern unerlässlich, um unsere begrenzten Mittel bestmöglich einzusetzen.

(4) Klima, Bevölkerungswachstum und Migration

Klimawandel, Bevölkerungswachstum und unfreiwillige Vertreibung stehen in einer Wechselwirkung, die uns vor immense Herausforderungen stellt.

Wir müssen Wissenslücken schließen, um diese Zusammenhänge besser zu verstehen.

Der Konnex zwischen Klimawandel und Migration wirft zahlreiche Fragen auf, auf die vorausschauende Außenpolitik Antworten geben muss: Wie und in welcher Größenordnung werden sich Vertreibung infolge des Klimawandels sowie reguläre und irreguläre Migration entwickeln? Wie stark werden das demographische Wachstum und die zunehmende Urbanisierung den Klimawandel beeinflussen (prognostizierter Anstieg der Weltbevölkerung von heute 7,8 auf 9,7 Mrd. im Jahr 2050, davon mehr als zwei Drittel in Städten)? Was kann die internationale Gemeinschaft tun, damit Menschen, die infolge von klima- und extremwetterbedingten Katastrophen, wie Dürren, Überschwemmungen, tropischen Wirbelstürmen oder dem Anstieg des Meeresspiegels, ihre Heimat verlassen müssen, adäquater Schutz und

Hilfe zukommt? Welche Implikationen ergeben sich, insbesondere wenn infolge des Anstiegs des Meeresspiegels das Gebiet und damit im schlimmsten Fall die Existenz ganzer Staaten gefährdet werden?

Wir wollen unser dazu bereits bestehendes Engagement innerhalb der „Platform on Disaster Displacement“ ausbauen und die Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration und dem Hohen Flüchtlingskommissar der VN weiter intensivieren. Auch sollten im Sinne des oben genannten ganzheitlichen Ansatzes bei der humanitären Hilfe die Wechselwirkung von Klimawandel, Umweltzerstörungen und gewaltsamer Vertreibung in Zukunft noch enger unter die Lupe genommen werden.

(5) Geopolitische Veränderungen infolge des Klimawandels

Der Klimawandel bringt geopolitische Veränderungen mit sich. Exporteure fossiler Energieträger drohen an Einfluss zu verlieren. Die Folgen des Klimawandels dürften immer mehr Staaten an ihre sozio-ökonomischen Grenzen bringen.

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit einer globalen Energiewende wird sich tiefgreifend auf unsere Außenpolitik auswirken. Sie verringert das Risiko für Konflikte um den Zugang zu fossilen Brennstoffen und setzt Anreize für regionale Zusammenarbeit bei der Interkonnektivität. Zugleich schafft sie aber zusätzliche Risiken aufgrund einer möglichen Destabilisierung von Exporteuren fossiler Brennstoffe sowie möglicher „stranded assets“ in Milliardenhöhe. Handelsströme werden sich aufgrund der globalen Energiewende stark verlagern, neue Abhängigkeiten für Rohstoffe wie Seltene Erden oder Kobalt können entstehen. Für den internationalen Handel von Wasserstoff muss ein neuer Markt erst noch aufgebaut werden. Dies sind Themen, die das AA mit seinen Partnern aufgreift, damit sich die Risiken der laufenden Transformation nicht verwirklichen und alle Staaten von ihr profitieren können.

Geopolitische Veränderungen ergeben sich auch aus der unterschiedlichen Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels. So werden zum einen Staaten und Regionen mit tieferliegenden Küstengebieten in besonderer Weise betroffen sein, zumal ein Großteil ihrer Wirtschaftskraft in der Regel von den Küstenregionen abhängt. Kleine Inselstaaten ebenso wie fragile Staaten wird der Klimawandel zunehmend überfordern. Zum anderen sind dabei oftmals Gesellschaftsgruppen überproportional betroffen, die ohnehin geringe politische Entscheidungsmacht haben. Dies reicht von Frauen in patriarchalisch geprägten Staaten hin zur indigenen Bevölkerung, deren Lebensgrundlage eine intakte Umwelt ist. Darüber hinaus

wirft der Klimawandel insbesondere für die besonders betroffenen kleinen Inselstaaten einige fundamentale Rechtsfragen unter andere zum Staatsgebiet auf, für die im Rahmen der VN Lösungen entwickelt werden sollten.

(6) Weitere Handlungsfelder einer umfassenden Klima-Außenpolitik

Der Klimawandel muss in Zukunft bei allen Aspekten unserer auswärtigen Beziehungen mitgedacht werden. Das reicht von der EU-Politik über Handel und Wirtschaftsfragen über die multilaterale Arbeit in den VN hin zum Dialog mit betroffenen Partnern.

Angesichts der Dimension der globalen Transformation, zu der wir uns im Pariser Übereinkommen verpflichtet haben, ist klar: Klima-Außenpolitik muss zwingend multilateral sein und in allen Aspekten unserer auswärtigen Beziehungen mitgedacht werden.

Das beginnt auf EU-Ebene, wo wir uns bei der Verhandlung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 für ein horizontales „Klimaziel“ von mindestens 25% einsetzen, das der Größe der Herausforderung angemessen ist, sowie für eine effektive Methode zur Nachverfolgung dieses Ziels, um nachsteuern zu können, sollte die Zielerreichung gefährdet sein. Wir werden uns auch dafür einsetzen, die Klima-Außenpolitik der EU und die EU-interne Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter zu stärken und gemeinsam gegenüber unseren Partnern zu vertreten. Dies schließt die Koordination mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst ebenso ein wie die Zusammenarbeit mit der neuen EU-Kommission, die mit dem angekündigten European Green Deal einen besonderen Akzent auf das Thema Klimaschutz setzt.

Auch der globale Handel und unsere Wirtschaftsbeziehungen sind zentral für die Frage, ob die klimagerechten Transformationsprozesse gelingen. So setzt sich das AA bereits heute im Rahmen der Bundesgarantien für die Förderung klimafreundlicher Projekte und Technologien und gegen Investitionen in klimaschädliche Kohlekraftwerke ein und arbeitet darauf hin, dass langfristig alle bi- und multilateralen Handelsverträge mit der Umsetzung des Pariser Übereinkommens konform sind und dies expliziten Eingang in den Text findet.

Im VN-Kontext setzt sich das AA dafür ein, dass der Klimawandel und das Pariser Übereinkommen als Querschnittsthemen in allen relevanten Texten mitgedacht und berücksichtigt werden.

Künftig dürfte sich auch die internationale Diskussion um großmaßstäbliche Eingriffe in das Klimasystem der Erde (sogenanntes Climate Engineering oder auch Geoengineering) intensivieren. Vorausschauende Klima-Außenpolitik muss die Möglichkeit mitdenken, dass einige

unserer Partner oder auch private Akteure wie Unternehmen Climate Engineering einsetzen könnten. Intensive Forschung und erste Pilotvorhaben gibt es bereits. Die Auswirkungen auf benachbarte Staaten und damit die außenpolitischen Folgen sind kaum abzusehen. Aufgabe der Auslandsvertretungen ist es, diese Entwicklungen intensiv zu beobachten.

Schlussendlich können wir alle erwähnten Prozesse durch die Kernkompetenz der Diplomatie, den Dialog, aktiver gestalten und wo nötig beschleunigen. Eine besondere Rolle kommt dabei neben dem gezielten Dialog mit Öl, Gas und Kohle exportierenden Staaten zu grünen alternativen Entwicklungsmodellen vor allem den verletzbaren Staaten zu, die heute und in Zukunft besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind.

Sei es die Identifizierung von Hot Spots künftiger Klima-Sicherheitsrisiken oder der Austausch mit der Zivilgesellschaft zu Chancen und Risiken des Klimawandels: Die in diesem Bericht beschriebenen Ansätze und Instrumente haben nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie von aktivem Outreach und stetiger Rückkopplung vor Ort begleitet werden. Das schafft Vertrauen und Legitimität, lokale „Ownership“ und Rückhalt für unsere Politik in internationalen Foren wie EU und VN.